



Ausgabe 03/2011, Nr. 211

un,mut

ZEITSCHRIFT

an

DER UNI HEIDELBERG

Das Musterländle in den Wechseljahren

Was die neue Regierung verspricht.

Der 27. März 2011 stellt einen historischen Einschnitt für Baden-Württemberg dar: Die Grünen sehen sich erstmals mit der Führung einer Landesregierung beauftragt – und dies ausgerechnet in dem pechschwarzen Baden-Württemberg, das seit 1953 sicheres Wahlland der Union gewesen war. Ein Politikwechsel also hin zu mehr Teilhabe, Verbindlichkeit und Transparenz oder aber das Ende einer wirtschaftlichen und bildungspolitischen »Erfolgsgeschichte«?

»Der Wechsel beginnt.«, so schillernd ist der Grün-Rote Koalitionsvertrag jedenfalls betitelt, den der erste grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann einen Monat nach den Landtagswahlen verkündet. Mit diesen Neugestaltungen können wir laut Koalitionsvertrag rechnen:

Seit 1977 waren die Verfassten Studierendenschaften nicht mehr gesetzlich als Mitgestalter der Hochschulen im Landeshochschulgesetz von Baden-Württemberg verankert. Das soll sich nun ändern.

Der Koalitionsvertrag besagt: »Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir das Landeshochschulgesetz neu ausrichten und dabei demokratische Strukturen stärken. Dafür werden wir eine demokratisch legitimierte, autonom handelnde und mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Verfasste Studierendenschaft einrichten.« Es wird weiter zugesagt, dass die Studierenden Mitspra-

cherecht erhalten bezüglich der Verteilung der vom Land bereitgestellten Kompensationsmittel für die wegfallenden Studiengebühren.

Die Studiengebühren bleiben, wie vor der Wahl versprochen, künftig erspart: allerdings nicht so plötzlich wie angekündigt. Erst im Sommersemester 2012, »zum frühestmöglichen Zeitpunkt«, wie sich die designierte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, die man vergangenen Donnerstag bei einer Infoveranstaltung in der Stadtbücherei treffen konnte, dazu äußert, wobei laut ihr auch ganz sicher feststeht: »die Kosten werden kompensiert, ohne Wenn und Aber«. Herhalten sollen dafür die allgemeinen Mittel des Landeshaushaltes.

Wenn sich also nichts an der Höhe der Einnahmen durch Studiengebühren ändert, warum sparen dann viele Seminare der Universität in vorauseilendem Gehorsam? Warum werden die Mittel, die der allgemeinen Verbesserung der Lehre dienen sollten, plötzlich nur noch eingesetzt, um die allernotwendigsten Stellen weiterhin wenigstens kurzfristig zu finanzieren, anstatt dass man bestehende Verträge langfristig verlängert und dadurch Tatsachen schafft? Von großem Vertrauen in die Versprechen der neuen Regierung zeugt ein solches angstbesetztes Verhalten zumindest nicht. Anstatt ein Maximum an möglichen finanziellen Möglichkeiten zu fordern, begnügt man sich mit der ängstlichen Wahrung eines viel zu geringen Minimums. Wer eine solche Haltung realistisch nennt, bekennt sich zugleich »ohne Wenn und Aber« zum bildungspolitischen Zynismus.

Als weitere hochschulpolitische Perspektive zielt der Koalitionsvertrag darauf, die bestehenden Aufsichtsräte, die bisher wie die Aufsichtsräte großer Unternehmen begriffen wurden, aufzulösen und an deren Stelle externe »Hochschulbeiräte« zu etablieren. Wie genau das sich gestalten wird, gilt es abzuwarten bis zur Änderung des Landeshochschulgesetzes, an dessen Ausarbeitung alle zugehörigen Gruppierungen der Universitäten eingeladen sind, sich zu beteiligen.



Wahlen der Fachräte:

In punkto Bologna, wie ja bekannt Ländersache, und auf die berechtigte Frage, inwiefern das Bachelor-Master-System in Zukunft gestaltet werden soll, oder ob nicht an eine Alternative zu denken wäre, antwortet Theresia Bauer: »Nein, daran wird nichts geändert, das Bachelor-Master-System bleibt bestehen. Was wir versuchen wollen, ist, die Deckelung des Bachelor-Master-Studiums auf zehn Semester aufzuheben. Außerdem sind wir gegen eine Quotenregel für das Masterstudium. Wir wollen kein Anrecht auf einen Masterplatz einführen, der Bachelor bleibt der Hauptabschluss. Aber jeder, der will, soll auch einen Platz im Masterprogramm erhalten.«

Ferner verspricht die Regierung im Koalitionsvertrag den Bachelor-Absolventinnen, den Studienabschluss bei den Arbeitgebern als vollwertigen berufsqualifizierenden Abschluss weiter zu etablieren und somit ihnen zu ermöglichen, direkt ins Berufsleben einzusteigen oder auch weiterzustudieren. Wer sich noch detaillierter zu den Vorhaben der neuen Regierung bezüglich der Hochschulpolitik informieren möchte, findet dazu Angaben im Koalitionsvertrag auf den Seiten 12 bis 17.

Stuttgart 21, das umstrittenste Bauprojekt der Bundesrepublik, wird von der SPD unterstützt, die Grünen sind dagegen. Darum soll ein Kompromiss gefunden werden, der eine Befragung des Volkes bis Oktober vorsieht. Sie wird aber nur stattfinden, solange das Projekt nicht an der Höchstkostenmarke von 4,5 Milliarden Euro scheitert. Dieser »Stresstest« zur Kostenkalkulation wird unter die Zuständigkeit von Winfried Hermann fallen, des neuen Verkehrsministers, der innerhalb der Grünen zu den Parteilinken gehört und sich selbst schon länger als Gegner von Stuttgart 21 zu erkennen gegeben hat.

Die Energiewende: Folgenreicher Hintergrund der Landtagswahl war die Reaktorkatastrophe in Japan. Die Grünen konnten mit ihrem traditionell konsequenten Anti-Atom Kurs bei den Wählern punkten, die mit ihren Stimmen auch zugleich die unglaubliche Atompolitik der Kanzlerin abstrafte.

Im Koalitionsvertrag vereinbart wurde eine Energiepolitik mit Bauprojekten zum Ausbau von erneuerbaren Energien. Kretschmann entwickelt die hoffnungsvolle Vision, bis zum Jahr 2020 den Anteil der Windenergie von aktuell 0,7 Prozent auf 10 Prozent hochzuschrauben – »Wir wollen das Musterländle auch zu einem Musterland für erneuerbare Energien machen«, so der designierte Ministerpräsident. Eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung leitet die Bereitschaft Kretschmanns ein, Möglichkeiten der atomaren Endlagerung auch vor der eigenen Tür prüfen zu lassen.

Integration: Ein neues Ministerium wurde eignes für dieses Thema geschaffen, das zukünftig von der türkischstämmigen Bilkay Öney geleitet wird. Die SPD-Politikerin ist die erste Migrantin, die in Baden-Württemberg einen Ministerposten übernimmt und eine ehemalige Grüne, die 2009 zu der SPD wechselte. Ihre Ziele sind unter anderem, die Integrations- und Orientierungskurse weiterzuentwickeln und die Rechte von schwulen und lesbischen Paaren zu stärken: Ihnen sollen die gleichen Rechte wie heterosexuellen Paaren zustehen.

Mehr Bürgerbeteiligung. Dies soll sich im Besonderen in mehr direkter Demokratie widerspiegeln. Grün-Rot will sich für eine gesetzliche Voraussetzung für Volksinitiativen auf Landesebene einsetzen und Bürger bei geplanten Bauprojekten frühzeitig am Planungsprozess beteiligen.

Kurzum die Philosophie des Koalitionsvertrags, so Theresia Bauer, ist kein Drehbuch, sondern offen und auf das Mitwirken und konkrete Ausgestalten der Menschen angelegt – eine ermutigende, zu Initiativen aufrufende Idee, die gerade wir uns als Studentinnen zu Nutzen machen sollten. Hoffen wir, dass die folgende Bauernregel auf die Versprechungen Theresia Bauers insbesondere hinsichtlich der Studiengebührenkompensation nicht zutrifft: »Menschensinn und Juniwind, sie beide ändern sich so oft geschwind.«

Annika Sterk

Nach langem Anlauf soll nun ein neues Gremium nach dem Subsidiaritätsprinzip fachinterne Belange unter der Beteiligung aller Statusgruppen besser managen.

Zwischen dem 16. und 28. Mai werden rund 22000 Studierende aus 33 unterschiedlichen Fächern aufgerufen sein, ihre Stimme abzugeben, um vorgeschlagene, fachinterne Vertreter für den jeweiligen neugegründeten Fachrat zu wählen. Betroffen sind die Fakultäten der Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften, der Philosophie und der Neuphilologie. Der Fachrat wird sich zusammensetzen aus drei Studierenden, drei Vertretern des Mittelbaus, zwei Vertretern aus Administration und Technik und drei Professoren, wobei deren Stimmen dreifaches Gewicht haben wird, was bei einem Entscheidungsprozess zu einem Stimmenverhältnis von 9:8 führt.

Die Idee zur Entstehung der Fachräte kam bereits 2009 auf während der bundesweiten Bildungsproteste, die unter anderem mehr Mitbestimmung von Studierenden sowie eine Neukonzeption und Weiterentwicklung der Studiengänge forderten. Gewinnbringend wird der Fachrat für die besonders heterogenen Altstadt fakultäten sein, da er auch kleineren Fächern, die bisher in den Fakultätsräten weniger gehört wurden, ermöglicht, ihre Interessen erfolgreich zu artikulieren. Zudem fördert er durch den Dialog der Mitglieder der unterschiedlichen Statusgruppen die fachinterne Kommunikation und unterstützt beziehungsweise entlastet mit ihrer Vermittlung die Studienkommissionen.

Die Arbeit des neuen, direkt gewählten Fachrates wird in der Ausarbeitung und Koordinierung von neuen Konzepten für Studium und Lehre bestehen. Dabei nimmt der Fachrat auch eine beratende Funktion ein in puncto Überarbeitung von Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen, der Planung des Lehrangebots und der Evaluation der Lehre. Wer noch mehr über die Fachräte und den Ausgang der Wahl erfahren möchte: www.fachschaftskonferenz.de.

Annika Sterk

»Eine Standleitung zum Staatsschutz«

Studierende klagen gegen den Einsatz des verdeckten Ermittlers »Simon Brenner«

Bald ein halbes Jahr ist es her, dass in Heidelberg ein verdeckter Ermittler des Landeskriminalamts enttarnt wurde. Simon Brenner, oder Simon Brommer, wie er in Wirklichkeit heißt, war zwei Semester in Heidelberger Studierendengruppen aktiv und sammelte personen- und strukturbezogene Daten.

Der Einsatz erfolgte ohne Rechtsgrundlage, da die Personen mit denen Simon »befreundet« war, die Gruppen, in denen er mitarbeitete, nicht Ziel des Einsatzes waren. Simon gab trotzdem reichlich Daten weiter. Sein Ziel, die Antifa Heidelberg, erreichte er nie. Nicht ein Mal sei er bei den Treffen aufgetaucht, so die Antifa Heidelberg.

Sieben der vom Einsatz betroffenen Studierenden haben nun Klage gegen den Einsatz durch das Land Baden-Württemberg eingereicht. Die Klage dient der Feststellung, ob der Einsatz unrechtmäßig war. Eine der KlägerInnen von der Kritischen Initiative Heidelberg berichtete am 23. Mai anlässlich der Präsentation des Grundrechte-Reports 2011 in Karlsruhe über die Durchleuchtung politischer Gruppen und Studierender in Heidelberg. Der Grundrechte

Report wird jedes Jahr von BürgerInnenrechtsorganisationen erarbeitet.

Rechtsanwalt Martin Heiming, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins vertritt die Heidelberger Studierenden. Auf der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Grundrechte-Reports zeigte er eine Abhörvorrichtung, die im vergangenen Sommer, zu der Zeit als auch Simon Brommer in Heidelberg agierte, in den Räumen der Fachschafftskonferenz (FSK) gefunden wurde. »Welcher Student, welche Studentin wird noch Lust verspüren, sich politisch zu engagieren, wenn man damit rechnen muss, dass immer einer dabei ist, der sozusagen eine Handy-Standleitung zur Abteilung Staatsschutz der örtlichen Polizei betreibt?«, fragt Hemming.

Nina Marie Bust-Bartels



»Achtung, Freiheit!«

Heidelberger Symposium 2011

Das 23. Mal fand das Heidelberger Symposium nun statt: Dieses Jahr hatte sich der Verein für Wirtschaft und Kultur, Initiator der Veranstaltung, die Parole »Achtung, Freiheit« auf die Fahne geschrieben. Am umstrittensten dürfte Thilo Sarrazins Auftritt gewesen sein, der über »Meinungsfreiheit und political correctness« referierte – dabei kann man dem ehemaligen Vorsitzenden der Bundesbank gerade die Perversion der Meinungsfreiheit vorwerfen. Gestützt durch das Argument der »political correctness«, das alle polemischen Tiraden im Stil von Wilders & Co. als Tabubruch zum Wohlergehen der Nation heroisiert, werden alle kritischen Gegenstimmen, die auf Wissenschaftlichkeit und respektvollen Umgang pochen, von Sarrazin als »die neuen Spießbürger« diskreditiert.

Bei seinem Katalog der political correctness werden sich einige unter uns vielleicht ertappt fühlen: Kritisierung von Ungleichheit, von Nationaldenken, von Islamfeindlichkeit, von Leistungswettbewerb und Stilisierung der westlichen »Leitkultur«. Ertappt fühlt man sich gewöhnlich bei Verstößen gegen Autoritäten, im besten Fall gegen die Autorität des eigenen Gewissens – und da im Gewissen des politisch Korrekten Toleranz oberstes Gebot ist, fühlt er sich bei Sarrazin eventuell ertappt, da ihm genau diese Toleranz bezüglich der aufgezählten »political correctness«-Punkte abgesprochen wird.

Die aus dieser angeblichen Intoleranz resultierende Tabuisierung von von diesem »Codex« abweichenden Meinungen ist Sarrazins Metier: Hier kann er sich als Märtyrer feiern, der zum Wohl der unmündigen Bürger den bitteren Schierlingsbecher getrunken, den gesellschaftlichen und politischen Tod in Kauf genommen hat für das Recht auf Freiheit: auf die Freiheit der Meinung, auf die Freiheit des Denkens. Seiner Meinung nach hat er allein es gewagt, den Gedanken, der den deutschen Wutbürger bewegt, öffentlich zu formulieren: Deutschland schafft sich ab, wir werden überflutet von einer intellektuell minderbemittelten Ausländerwelle, die uns mit ihrer Fertilität überrennt.

Die hohen Erblichkeitsanteile des Intelligenzkonstruktes, ein umstrittener Punkt seiner Arbeit, sind eine Tatsache. Allerdings versteht Sarrazin diese als psychologischer Laie fälschlicherweise als determinierend, indem er Fachbegriffe wie absolute und relative Stabilität völlig missinterpretiert und auf solchen selbstgebastelten, wissenschaftlich völlig verdrehten Axiomen seine Theorie aufbaut – dementsprechend empört äußern sich die Psychologen auf deren Studien er sich dabei bezieht in einer Gegenpublikation.

Wer Wissenschaft auf solche Weise missbraucht und zudem in einem Interview mit der Zeitschrift »Lettre International« sagt »Ich muss niemanden anerkennen, der ständig neue kleine

Kopftuchmädchen produziert«, kann schlecht den Anspruch erheben, man solle ihm sachliche Kritik entgegenbringen und nicht emotional werden. Allerdings könnte man von renommierten Köpfen der Mediengemeinschaft eigentlich erwarten, sich nicht auf ein derart niedriges Niveau herabzulassen. Etliche Kommentare wie der Arno Widmanns, des Feuilletonchefs der Frankfurter Rundschau, Sarrazin sei »verrückt«, enttäuschen diese Erwartungen allerdings – hier lassen sich auch wichtige Medienvertreter von Sarrazins Trend mitreißen, sich im Gebrauch der Meinungsfreiheit keine Grenzen setzen zu lassen, auch nicht durch den gegenseitigen Respekt vor der Würde des Gegenübers, und damit die von Sarrazin eingeforderte Toleranz wie er selbst vollkommen zu missinterpretieren, statt sich diesem tatsächlich relevanten Thema einmal ernsthaft zu widmen.

Eine interessante Pointe des Sarrazin-Auftritts ist, dass dieser nur als Plan B zum Zug kam, weil Peer Steinbrück kurzfristig absprang. Da die Suche nach Sachspenden und Organisatorisches drängten, wurde der Programmpunkt nicht weiter in Frage gestellt – dementsprechend gab es eine Reihe

Demonstranten, die vor der Neuen Uni nach einer Rechtfertigung für die Einladung des Autors eines so diskriminierenden und wissenschaftlich verdrehten Werkes verlangten. Allerdings machte ja auch die breite Aufstellung des Symposiumsprogrammes dessen Reiz aus: Die freie Marktwirtschaft wurde aufs Korn genommen, der Satiriker und ehemalige Titanic-Chefredakteur Sonneborn zeigte »Propagandafilme« über »die Partei« und der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Huber sprach über Freiheit als Beziehungsangelegenheit. Kontrovers wie die Zusammenstellung war auch der diesjährige Schirmherr und Schriftsteller Martin Walser, der in den 70ern viel Engagement im Protest gegen den Vietnam-Krieg aufbrachte, Ende der 90er jedoch vielfach angegriffen wurde für seine Mahnung, der Themenkomplex Ausschwitz dürfe nicht zur Moralkеule verkommen. Der ehemalige Doktor, ehemalige Verteidigungsminister Guttenberg, der letztjährige Schirmherr, wurde nach der Plagiatsaffäre ausgeladen.

Das Programm des diesjährigen Symposiums tolerierte also unterschiedlichste, teilweise skurrile und verquere Stimmen, huldigte dementsprechend der Freiheit. Schwierig wird es jedoch, wenn man über den Tellerrand-Horizont des Programms hinausschaut: Der als Studenteninitiative gegründete Verein willigte anscheinend ein, die Namensliste der Besucher, schließlich waren die Karten namensbezogen, vor Sarrazins Vortrag dem LKA vorzulegen, ohne die Besucher darüber zu informieren – der Verein selbst empört sich jedoch über derlei Aussagen und meint, dafür gebe es keinerlei Evidenz. Allerdings habe das Planungs- und Bauamt der Universität dazu aufgefordert, »durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten, dass die Veranstaltung ohne Personen- oder Sachschäden verläuft.« Dementsprechend wurden vor dem Veranstaltungssaal in der Neuen Uni Taschenkontrollen durchgeführt.

Da haben die Veranstalter ihr Zitat der Woche von Grillparzer »Wer seine Schranken kennt, der ist der Freie, wer sich frei wähnt, ist seines Wahnes Knecht« vielleicht zu sehr im Sinn des unmündigen Bürgers verstanden, der sich Schranken setzen lässt, ohne sich über diese Rechenschaft ablegen zu lassen oder sie gar zu kritisieren.

Sollten sie in punkto LKA aber im Recht sein, kann man ihnen kaum einen Vorwurf machen, für eine Veranstaltung, die im Rahmen der Meinungsfreiheit ihre unbedingte Berechtigung hat, ein paar Taschenkontrollen in Kauf genommen zu haben und man muss ihnen, dass sie Grillparzer zitieren zu Gute halten. Denn das Zitat spricht aus, dass Freiheit ohne Grenzen nicht zu denken ist. Sarrazin aber scheint – Achtung, Freiheit! – von solcher Dialektik sich frei zu wähnen.

Theresa Pleitner



- 1 Arno Schmidt, Die Meisterdiebe. Von Sinn und Wert des Plagiats, in: Ders., Bargfelder Ausgabe, Werkgruppe II: Dialoge, Bd. I 2 (Zürich 1990), 338.
- 2 Volker Rieble, Das Wissenschaftsplagiat. Vom Versagen eines Systems (Frankfurt a.M. 2010), 9.
- 3 Ebd., 9.
- 4 Ebd., 9.
- 5 Ebd., 10.
- 6 Ebd., 10.
- 7 Ebd., 11.

- 8 VGH Baden-Württemberg vom 13.10.2008 – 9 S 494/08 – NvwZ-RR 2009, 285.
- 9 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 12.
- 10 Ebd., 15.
- 11 Ebd., 15.
- 12 Ebd., 16.
- 13 Ebd., 16.
- 14 Ebd., 16.
- 15 Ebd., 16.

Grenzen der Wissenschaftlichkeit – das Plagiat



Ja, dieses Plagiat überhaupt! – Wohin ich blicke – und bei meiner zunehmenden Lektur wird das immer schlimmer! – sehe ich Zug um Zug solche ›Benützer‹; ›Bearbeiter‹; Fortsetzer‹; ja, sogar schlechtweg: ›Diebe! Und, wie Sie schon bemerkten: das Furchtbarste dabei ist: nicht etwa auf die untersten Schichten der Schmierer beschränkt; auf den Bodensatz der Literatur – bei deren geistiger Armut es allenfalls noch verständlich, und also in gewissem Sinne verzeihlich wäre – nein!: Gerade die begabtesten Gestalten der ›Hochliteratur‹ sind es, die unbekümmert und freisamlich, in das geistige Eigentum ihrer Vorgänger hineingreifen! – Und, was fast noch grausamer ist: ohne diese Vorgänger irgend zu nennen!!¹

Das Wissenschaftsplagiat

Das Prüfungsplagiat hat eine lange Tradition. Schon immer gingen Schlepper in Klausuren und schrieben für andere – ebenso traditionsbehaftet ist die kollektive Hausarbeit.² Das Internet erlaubt es, Hausarbeiten und Seminararbeiten nahezu beliebig und ohne intellektuelle Anstrengung per ›copy & paste‹ zusammenzufügen.³ Technische Hilfe durch Plagiat-Erkennungsprogramme stellt den Mißstand nicht ab.⁴

Sanktionen werden verschärft: Traditionell wird die auf Täuschung basierende Prüfungsarbeit mit der schlechtesten Note bewertet und damit jede ›geltungserhaltende Reduktion‹ auf den täuschungsfreien Teil der Arbeit versagt.⁵ Gelegent-

lich sehen Prüfungsregeln vor, daß die Täuschung in nur einer Teilprüfung das Nichtbestehen der Gesamtprüfung nach sich zieht.⁶

Immer häufiger werden inzwischen auch Dissertationsplagiate aufgedeckt – und manchmal auch verfolgt.⁷ Jüngere verwaltungsgerichtliche Entscheidungen stellen in der gebotenen Schärfe klar, daß jede wörtliche oder sinnge- mäße Übernahme von Textpassagen aus fremden Werken ohne hinreichende Kennzeichnung gegen die Grundsätze des wissenschaftlichen Arbeitens verstößt und deswegen die Annahme einer Arbeit als Dissertation im Regelfall ausschließt;⁸ darauf ob der täuschungsfreie Rest der Arbeit als Dissertation genügt hätte, kommt es gerade nicht an.⁹

Plagiate bei Habilitationen sind nur vereinzelt bekannt.¹⁰ Gerichtsnotorisch ist der Fall eines deutschen Mathematikers, der seine Habilitationsschrift kraft russischer Sprachkenntnisse einer sowjetischen Monographie entnehmen konnte.¹¹ Das flog auf – nachdem das Original ins Englische übersetzt und der Täter zum Akademischen Oberrat ernannt war.¹² In Nordrhein-Westfalen braucht der plagiatorische Habilitand nicht zu befürchten, daß er wegen einer Ordnungswidrigkeit verfolgt wird.¹³ Die Habilitation (§ 68 HG) ist keine Hochschulprüfung.¹⁴ Insofern erstaunt, daß für plagierende Studenten schärfere Sanktionen greifen als für angehende (oder gar aktive) Hochschullehrer.¹⁵

Im Web bieten Lohnschreiber offen ihre Dienste an, arbeiten diskret und ›nach genauen Vorgaben unserer Kunden‹, so die Eigenwerbung.¹⁶ Gewerbliche Anbieter solcher Mogeleyen sind im Internet in unübersehbarer Zahl zu finden.¹⁷ Man muß nur den Begriff ›akademisches Ghostwriting‹ suchen.¹⁸ Sie werben wie folgt:¹⁹

Stress im Studium, keine Zeit für Haus- und Diplomarbeit, Schreibstau oder einfach nur keine Lust – Der geplagte Student kann sich seine Arbeiten auch vom Ghostwriter verfassen lassen.²⁰ Der Ghostwriter ist ein Autor, der im Namen einer anderen Person schreibt.²¹ Aus dem Blick eines redlichen Studioso scheint dieses vielleicht anrühlich, illegal ist es aber nicht.²² Letztlich handelt es sich bei den von Acad Write verfassten Gutachten oder Expertisen allenfalls um bezahlte akademische Texte, mit denen der Nutznießer im Rahmen des Zulässigen tun und lassen kann was er will.²³ In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen weist Acad Write darauf hin, dass es nicht zulässig ist, eine gekaufte Arbeit als seine eigene auszugeben, so der Geschäftsführer.²⁴

Alles klar?²⁵ So läuft dieses Geschäftsmodell: Der Kunde wird scheinbar aufrichtig darüber aufgeklärt, daß er das bestellte Werk nicht als eigenes ausgeben darf – und zugleich wird die besondere Verschwiegenheit so intensiv betont, daß der Kunde eben doch zur plagiatorischen Verwertung greift.²⁶

- 16 Jens Radü, Diplomarbeit von Geisterhand. Und ewig lockt der Ghostwriter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,378635,00.html> [23.5.2011]
- 17 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 14.
- 18 Ebd., 14.
- 19 Ebd., 14.
- 20 www.acad-write.com/content/Pressemitteilung.pdf [23. Mai 2011].
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 15.
- 26 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 15.

- 27 Hermann Horstkotte, Wenn der Professor abschreibt: <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2010-04/plagiate-wissenschaft-uni> [23.5.2011].
- 28 Dominik Betz & Mirko Marquardt, Ghostwriter. Alle Fächer, alle Fakultäten, alles Betrug: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,399951,00.html> [23.5.2011]
- 29 Horstkotte, Wenn der Professor abschreibt.
- 30 Ebd.
- 31 Walter Delabar, Hilflöse Wissenschaft? Leidiges Thema Plagiate: Volker Rieble schreibt über das Versagen der Wissenschaftsmoral: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=14472&ausgabe=201007 [23.5.2011].
- 32 Radü, Diplomarbeit von Geisterhand.

- 33 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 7.
 34 Melanie Amann, Anschreiben gegen Abschreiber. Volker Rieble prangert Wissenschaftsplagiate an: <http://www.faz.net/s/Rub2E8C985607B44756884B7A1383CD205C/Doc-ED5AEFD7CA5041DA95287CD3AA81FC53-ATpl-Ecommon-Scontent.html> [23.5.2011].
 35 Ebd.
 36 Horstkotte, Wenn der Professor abschreibt.
 37 Hermann Horstkotte, »Das Wissenschaftsplagiat«. Raubfische im Wissensmeer: <http://www.fr-online.de/kultur/literatur/raubfische-im-wissensmeer/-/1472266/4455604/-/index.html> [23.5.2011].
 38 Ebd.
 39 Philipp Theisohn, Plagiat. Eine unoriginelle Literaturgeschichte (Stuttgart 2009), 2.
 40 Ebd., 4.
 41 Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, 7.
 42 Roland Reuß, Volker Rieble, Autorschaft als Werkherrschaft in digitaler Zeit (Frankfurt a.M. 2009), 11.
 43 Klemens von Alexandria, Stromateis, I 1,2 (Übers. v. Franz Overbeck).
 44 Reuß, Rieble, Autorschaft als Werkherrschaft in digitaler Zeit, 12.
 45 Delabar, Hilflöse Wissenschaft?

Aber weshalb erliegen Lehrende wie Lernende der Versuchung, sich mit fremden Federn zu schmücken?²⁷ Die Auftraggeber sind entweder nicht in der Lage oder nicht willens, eigenständig akademische Arbeiten anzufertigen.²⁸ Bei Studenten sind Versagensängste charakteristisch.²⁹ Bei gestandenen Wissenschaftlern sind oft Auftragsüberlastung und Termindruck für falschen Ehrgeiz ausschlaggebend.³⁰ Der veränderte Zeit- und Qualifikationsdruck im BA und MA begünstigt allerdings solche Praktiken auf Studierendenebene.³¹ Bei den Juristen sind Ghostwriter besonders beliebt.³²

Wissenschafts-Plagiate, Wissenschafts-Fälschungen und Wissenschafts-Hochstapelei sind als Fehlverhalten mißbilligt.³³ – Der Kampf der Wissenschaft gegen Plagiate verläuft leiser, man könnte auch sagen: Er findet nicht statt.³⁴ Aber jetzt hat auch diese Szene ihren Plagiarist in Gestalt eines Buchs von Volker Rieble, Arbeitsrechtsprofessor in München.³⁵ Der Rechtsprofessor entlarvt in einer aktuellen Studie Fälle von Plagiaten an deutschen Hochschulen – und nennt Missetäter beim Namen.³⁶ Es ist eine Skandalchronik, weil Rieble die Klarnamen von Kollegen nennt.³⁷ Das ist bisher unüblich.³⁸

Auf der einen Seite glaubt man doch sehr gut zu wissen, was das eigentlich sei, ein »Plagiat«; auf der anderen Seite endet jeder Versuch einer näheren Definition in einer begrifflichen Diffusion.³⁹ Der Begriff übersetzt sich nicht schlichtweg als »Ähnlichkeit« oder »Gleichheit«, sondern er involviert immer ein Rechtsempfinden.⁴⁰ Das Plagiat hat ein Opfer, das seines geistigen Kindes beraubt ist.⁴¹

Die zugrundeliegende Analogie ist die von Eltern und Kind:⁴² Wie aber die Kinder die Abkömmlinge des Leibes sind, so sind die Bücher die Abkömmlinge der Seele.⁴³ Es gibt ein geistiges und sittliches Band zwischen Autor und Werk.⁴⁴

Der Begriff des Plagiats selbst ist dabei im Allgemeinen nicht unbedingt scharf gefasst.⁴⁵ Im Unterschied zu Gesetzen gegen den Nachdruck, die das Eigentum von Autoren und Verlegern rechtlich schützen, verfügt das Plagiat über »Modifikationchen« und »Einfällchen« – wie es in § 69 von Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821) heißt – mit denen etwas Eigentümliches behauptet werden soll, indem sie »dem fremden Eigentum den mehr oder weniger oberflächlichen Stempel des Seinigen aufdrücken.«⁴⁶

Rieble macht sich an eine juristisch einigermaßen tragfähige Abgrenzung: Abschreiben ohne Nennen des eigentlichen Autors wird ebenso als Plagiat verstanden wie die oberflächliche Paraphrasierung, die den benutzten Text nicht ausreichend kenntlich gemacht.⁴⁷ Schließlich gehört auch die Aneignung fremder Ideen (Ideenklau) dazu, also die Aneignung einer Überlegung, eines Arguments, einer These oder einer Theorie, ohne dass deren Urheber

genannt würden.⁴⁸ Sogar die Mehrfachverwendung eines Textes durch denselben Autor fasst Volker Rieble als Plagiat, zumindest dann, wenn nicht ausdrücklich auf diese Mehrfachverwendung aufmerksam gemacht wird.⁴⁹

Riebles Kernthese: Die viel beschworene »Selbstreinigung« der Wissenschaft versagt weitgehend, weil sie bei der Aufklärung von Abschreibern die breite Aufmerksamkeit eher scheut.⁵⁰ Dem Wissenschaftsbetrieb attestiert Rieble ein systemisches Versagen im Umgang mit Plagiaten.⁵¹ Universitäten und Fachverlage mauscheln sich aus Plagiatsfällen heraus.⁵² In diesem Betrieb würden eindeutig überführte Abschreiber nur »freundlich getadelt« und Sündenböcke unter den Assistenten oder Doktoranden gesucht.⁵³ Überführte Professoren kommen mit einer dienstrechtlich unerheblichen Ermahnung davon, einem Rüffel durch den Hochschulleiter unter vier Augen oder im geschlossenen Briefumschlag.⁵⁴

Aber Rieble stellt handfeste Forderungen auf.⁵⁵ Das Urheberrecht müsse Opferschutz und Sanktionen gegen die Täter bieten.⁵⁶ Allzu viel Zuspruch dürfte der Autor nicht ernten, im Gegenteil, er hat sich Ärger eingehandelt.⁵⁷ Denn Rieble denunziert auch Praktiken, die in der Wissenschaft stillschweigend akzeptiert sind.⁵⁸ Da keine seiner Kategorien ohne Beispiel bleibt, tritt der Autor dem ein oder anderen honorigen Kollegen munter vors Schienbein.⁵⁹ Weder Verfassungsrichter noch Professorenkollegen bleiben ungeschoren.⁶⁰ Umschreibungen à la »ein bekannter Professor aus Köln« sind Volker Riebles Sache nicht.⁶¹ Deutlich nennt er Namen, Titel und Verlage.⁶² Zwei Jura-Professoren, denen Rieble einige Seiten wegen ihrer »Zitierpraxis« widmet, haben beim Landgericht Hamburg eine Einstweilige Verfügung gegen das Buch erwirkt.⁶³ Einige Passagen aus dem Buch dürfen in einer Neuauflage nicht mehr erscheinen.⁶⁴

zusammengeflickt von Janina Reibold



- 46 Katharina Comoth, [Rezension:] Volker Rieble, Das Wissenschaftsplagiat, in: Philosophischer Literaturanzeiger, hrsg. v. Ulrike Bardt und Stephan Nachtsheim, 63/1/2010, 23: http://www.wissenschaftsplagiat.de/dl/PhilLiteraturanzeiger_Wissenschaftsplagiat.pdf [23.5.2011].
 47 Delabar, Hilflöse Wissenschaft?
 48 Ebd.
 49 Ebd.
 50 Horstkotte, Wenn der Professor abschreibt.
 51 Amann, Anschreiben gegen Abschreiber.
 52 Susanne Billig, Mit Betrug zum Dokortitel: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kritik/1231283/> [23.5.2011].
 53 Amann, Anschreiben gegen Abschreiber.
 54 Horstkotte, Wenn der Professor abschreibt.
 55 Amann, Anschreiben gegen Abschreiber.
 56 Ebd.
 57 Ebd.
 58 Ebd.
 59 Ebd.
 60 Ebd.
 61 Billig, Mit Betrug zum Dokortitel.
 62 Billig, Mit Betrug zum Dokortitel.
 63 Carsten Rees, Rezension: Das Wissenschaftsplagiat. Nebel des Grauens, in: Laborjournal 03/2011, 75.
 64 Billig, Mit Betrug zum Dokortitel.

Der Kiesel des Anstoßes

Professorale Polemik über Gebühren

Einleuchtend, dass die Professoren unserer Universitäten sich in den großen Tageszeitungen äußern, denn sie sind Kapazitäten auf ihrem Fachgebiet und in der Welt, in der sie sich bewegen. Sie sind geübt, sich in einem Zusammenhang, der gerade politisch oder kulturell aktuell sein mag, auf eine Art und Weise zu äußern, dass das Problembewusstsein über den Tagestrend hinaus geschärft wird. So hat etwa Helmuth Kiesel, Professor für Literaturwissenschaft an unserer Uni, zum Thema Studiengebühren Stellung bezogen angeregt von den letzten grün-roten Koalitionsbeschlüssen zur Bildungspolitik in der FAZ (20. April). Folgendermaßen leitet er seinen Artikel ein:

»Nach dem ›TV-Duell‹ zwischen dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus (CDU) und seinem Herausforderer Schmid (SPD) wurde das anwesende Publikum befragt, welcher von beiden überzeugender gewesen sei. ›Der Nils Schmid‹, sagte eine junge Frau von etwas über zwanzig Jahren. ›Warum‹, wollte der Interviewer wissen. ›Ha, wägga dem, was'r zur Bildung gesagt hat‹, lautet die Antwort. Ob sie das noch etwas konkretisieren könne, fragte der Interviewer nach. ›Ha dia Studiagebühra‹, war die konkrete, präzise und schlagende Antwort: die sozial vermeintlich zutiefst ungerechten Studiengebühren, die abzuschaffen die Roten und die Grünen versprochen hatten.«

Hat man sich erst von der Bewunderung dieser stilistischen Glanzleistung erholt, und sein Vorurteil ad acta gelegt, Professoren könnten nicht satirisch sein, wird man auf die Fortführung der Posse gespannt sein. Der sprachversierte Kiesel deckt konkret, präzise und schlagend die Suggestivarumente gegen die Abschaffung der Studiengebühren auf, indem er die Position ihrer Vertreter, also der Befürworter von Gebühren, imitiert – wie oben den herablassenden Ton in der Rede über Studierende.

So entlarvt er erstens die These als fadenscheinig, dass gebührenfreies Studieren sozial ungerecht sei: Das Klassenvorurteil, dass arme Familien viele Kinder, begüterte nur ein Kind finanzieren müssen, kombiniert er mit der seit zwei Jahren überholten Annahme, zweite oder dritte Kinder dürften gebührenfrei studieren: »Ein Einzelkind aus einer begüterten Familie darf nun wieder zum selben Nulltarif studieren wie ein von Gebühren befreites zweites und drittes Kind aus einer weniger begüterten Familie.«

Ebenso ironisch gibt er den Vergleich des Hochschulstudiums mit handwerklichen Ausbildungen wieder, wonach es ungerecht sei, dass in diesem für das Erlangen des Meistertitels finanzielle Investition nötig, wohingegen jenes gratis sei: »Auch

darf jeder, der studieren will, seine bessere soziale Positionierung gebührenfrei anstreben, während derjenige, der nur ein Handwerk erlernen konnte, für den Meisterbrief, den er eventuell erwerben möchte, einen etwa einjährigen Verdienstaufschlag in Kauf nehmen und der Handwerkskammer beträchtliche Gebühren entrichten muss.« Man fordere also für alle gleich schlechte Bedingungen anstatt gleich guter. Der Vergleich reduziert außerdem Studium und Ausbildung auf dasselbe ökonomische Nutzenkalkül, womit Vertreter einer solchen Argumentation sich als dem universitären Bildungsideal als völlig entfremdet zeigen.

Zweitens führt er die Verherrlichung der Zustände an den Instituten nach Einführung der Studiengebühren als heuchlerisch vor: Dazu nennt er die Einstellung neuer, junger Lehrkräfte, die Verbesserung der Betreuungsintensität und die Partizipation der Studierenden in den Gebührenkommissionen: »Und alles dieses wurde nicht von einem Rektorat, Dekanat oder Direktorium von oben verfügt, sondern in den Instituten zwischen den Direktorien und den Vertretern der Studierenden in fortlaufend geführten Gesprächen ausgehandelt und im Bedarfsfall modifiziert. Nie zuvor hatten die Studierenden mehr Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung der Fächer und die personelle Zusammensetzung des Lehrkörpers, und nie zuvor waren die fach- und institutpolitischen Gespräche zwischen Lehrenden und Studierenden so intensiv wie seit Einführung der Studiengebühren. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich Lehrende und Studierende auf eine intensivere Weise als zuvor in der gemeinsamen Verantwortung für die Studiengänge und Seminare wahr- und ernst nahmen.«

Der Verfasser wird bei der Niederschrift dieser Zeilen Tränen gelacht haben, ist doch jedem einigermaßen mit den Verhältnissen Bekannten klar, dass die besagten neuen Stellen lediglich zur Finanzierung des Professorenklüngels dienen, Betreuungsrelationen nichts über Betreuungsintensität aussagen, und die ohnehin nur das Vorschlagsrecht umfassende Mitbestimmung der Studierenden beim Einsatz der Gebührenmittel sich nicht auf die »inhaltliche Gestaltung der Fächer und personelle Zusammensetzung des Lehrkörpers« (so Kiesels Floskel-Zitat) erstreckt, sondern gerademal die Materialausstattung und studentische Projekte betrifft.

Drittens greift Kiesel das politische Plädoyer für den Ausgleich der durch Abschaffung der Studiengebühren entstehenden finanziellen Engpässe auf, um die ach so tollen Studienverhältnisse und das Bestehen der Verträge von neuen Lehrkräften zu gewährleisten. Vor allem letzteres ist eine satirische Glanzleistung, da doch der allgemeine Usus der Institute bekannt ist, den »neuen« Lehrkräften Verträge zu geben, die ohnehin länger laufen als angesichts des bundesweiten Trends zur Abschaffung der Studiengebühren die Verfügung über eben dieselben planbar war. So wurden Verbindlichkeiten geschaffen, deren Einhaltung die Politik auch nach den Änderungen durch die neuen Koalitionspläne gewährleisten muss. Wer diese subversive Taktik nicht genutzt hat, guckt nun zu recht in die Röhre, und demonstriert nur seine fehlende Sensibilität, wenn er nachträglich sein Scheitern polemisch der Politik anlastet.

Kiesels Artikel ist ein herausragendes Beispiel für die Diskursfähigkeit unseres Professorenstandes, für die diagnostische Fähigkeit unserer Geisteswissenschaftler, und ein Vorbild an sprachlicher Verve gepaart mit dem kritischen Impetus satirischer Reflexion. Der jungen Frau »von etwas über zwanzig Jahren«, die der Artikel eingangs ausführlich zu Wort kommen lässt, und die vielleicht einst in einem Seminar des schwäbischen Professors sitzen wird – wenn dieser rhetorische Figuren wie Kiesel im Munde führt, um gehört zu werden – mag dann die Einsicht kommen, dass zu Zeiten der Studiengebühren Workshops wie »Journalistisches Schreiben« keine Garantie für Qualität waren.

Leonard Keidel

PATH

Politisches AktionsTheater Heidelberg sucht MitstreiterInnen

Die Straße ist der Ort, an dem das Theater in die Alltagswelten eingreifen kann. Indem es den geschützten Raum des Schauspielhauses verlässt und sich einen Ort auf der Straße schafft, dringt es in den »normalen« Ablauf ein. Nicht die Menschen kommen zum Theater, sondern das Theater kommt zu den Menschen, wird »Volkstheater«. Das »Politische Aktionstheater« möchte dabei nicht unterhalten, sondern intervenieren, Verdrängtes aufdecken, konfrontieren.

Beim »Politischen Aktionstheater« wird Theater als Ausdrucksform mit politischer Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Die Theatralisierung des politischen Themas geschieht im künstlerischen Prozess der Gruppenarbeit. Der Schwerpunkt liegt mehr auf visueller Ästhetik und Rhythmus als auf Sprache – keine langen Dialoge, sondern kurze, klare, akustisch gut verständliche Aussagen. Es geht um eine »Ästhetik der Straße«, in der alles etwas größer, lauter, schwärzer, weißer, bunter etc. sein muss, um wahrgenommen zu werden.

»Politisches Aktionstheater« basiert auf Methoden und Techniken des »Theaters der Unterdrückten« (Augusto Boal), aus Improvisationstheater und körperbezogener Rhythmusarbeit. Aus dem Bereich des »Theaters der Unterdrückten« sind es insbesondere unterschiedliche Formen von Bildertheater, die die Basis für die Entwicklung von Performances darstellen.

Diese innovative und kreative Form des Straßentheaters soll schon bald Teil der Heidelberger Protestbewegungen werden. Zwei unkonventionelle Theaterpädagoginnen planen, das Projekt »PATH-Politisches AktionsTheater Heidelberg« ins Leben zu rufen. Als erstes Thema haben sie die Castor-Transporte gewählt und suchen derzeit politisch interessierte Menschen (18-99 Jahre), die Lust haben, verschiedene Theaterformen kennen zu lernen, um ihren Straßenprotest zum Thema Castor-Transporte kreativ zu gestalten.

Das Projekt »PATH-Politisches AktionsTheater Heidelberg« zum Thema Castor-Transporte wird jeweils Montags, vom 27.06. bis 25.07.11 und nach einer Sommerpause vom 12.09. bis zu den Castor-Transporten Anfang November 2011 stattfinden. Der Treffpunkt und die Uhrzeit wird nach einer unverbindlichen Anmeldung mitgeteilt.

Kosten werden nur bei den Kostümen und Requisiten entstehen und möglichst niedrig gehalten.

Unverbindliche Anmeldung oder Rückfragen zu PATH werden per email an P_A_T_H@gmx.de erbeten.

Laura Kalmbach



Rich Country Illusions

Grenzenloses Wachstum in einer begrenzten Welt

» Was wollen wir als Menschheit erreichen? Wollen wir zum Mars fliegen oder wollen wir das Leben sichern?« fragt Nnimmo Bassay, Menschenrechtsaktivist aus Nigeria. Der Träger der alternativen Nobelpreise spricht beim Kongress »Jenseits des Wachstums«, den Attac mit den SPD-,Grüne- und Linkspartei-nahen Stiftungen am 21./22.Mai in Berlin organisierte.

Nnimmo Bassay spricht über sein Land und das Öl: »Billiges Öl für die Länder des Nordens heißt für Nigeria: kein sozialer Fortschritt.« Der Rohstoffabbau in den Ländern des Südens sei meist ein Rohstoffraub. Es fehle an Transparenz, Öl-Unternehmen und Staaten legten nicht offen wie viel Öl gefördert werde und zu welchem Preis.

Was wollen wir als Menschheit erreichen? Die Auswirkungen unserer Lebensweise sind längst klar. Bereits 1972 kam der *Club of Rome* in seinem ersten Bericht zu der Erkenntnis, die Menschheit lebe über ihre Verhältnisse: Wir verbrauchen mehr Ressourcen, als die Erde regenerieren kann.

Doch trotz Klimaveränderungen, trotz endlicher Ressourcen boomt der Verbrauch der Reserven der Erde. Alle Übereinkünfte den CO²-Ausstoß zu verringern verlaufen im Sand. Das *Global Footprint Network* berechnet: Seit 1980 verbrauchen wir jedes Jahr mehr als die Erde regenerieren kann. Der ökologische Fußabdruck der Welt ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen.

Beinahe alle Ökonomien sind wachstumsorientiert. Das immer mehr, höher, weiter, größer, luxuriöser hat fatale Folgen. Wenn wir an der wachstumsorientierten Wirtschaftsweise festhalten, werden wir 2050 mehr als doppelt soviel verbrauchen, wie die Erde regenerieren kann. Das wird sich direkt auf das menschliche Leben auswirken: Wälder gehen zurück, Süßwasserreserven schrumpfen, der Treibhausgas-Ausstoß bewirkt Klimaveränderungen – um nur einige der Auswirkungen dieses Lebensstils zu nennen.

Natürlich verbrauchen nicht alle Länder mehr Ressourcen als die Erde regenerieren kann. Einige wenige leben dafür in besonderem Maße über ihre Verhältnisse. Um den Lebensstil Deutschlands dauerhaft zu ermöglichen bräuchte es fünf Erden, für den der USA acht.

Die Folgen der unverantwortlichen Lebensweise des Nordens, wie der Klimawandel, treffen vor allem die Länder des Südens. Silas Siakor ist ebenfalls Referent des Postwachstumskongresses. Nach ihm gilt es zuerst die imperiale Lebensweise der Länder des Nordens hin zu einer globalen Umweltgerechtigkeit zu verschieben. »Und das geht, das sage ich ganz deutlich, nicht ohne Schrump-



fung der Ökonomien und Wandel der Lebensweisen«, schließt der Gründer des *Sustainable Development Institute Liberia*.

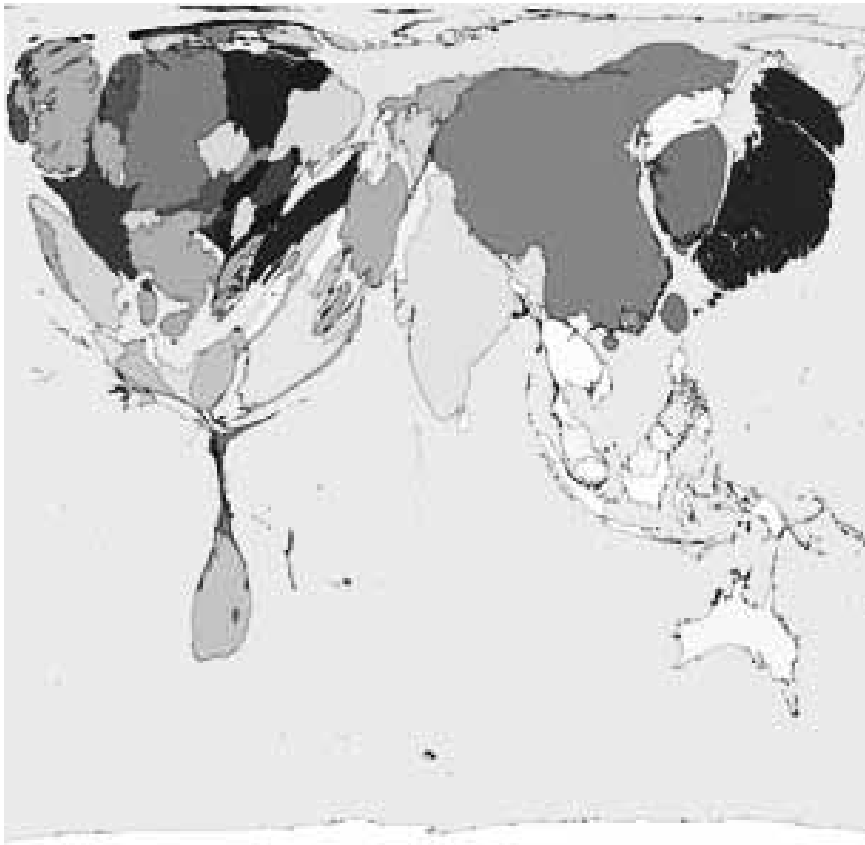
Die Kultur des Wachstums

»Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom«, sagte einmal der US-Ökonom Kenneth Boulding. Doch trotz der offensichtlichen Grenze einer Welt mit endlichen Ressourcen und begrenzten Regenerationsmöglichkeiten ist der Wachstumsgedanke nicht nur bei ÖkonomInnen tief verankert: Wachstum sei notwendig, verspreche Arbeitsplätze, Wohlstand und volle Staatskassen, ermögliche den Zurückgebliebenen Entwicklung, heißt es. Wirtschaftswachstum ist das erklärte Ziel von Politik und Wirtschaft fast aller Staaten. Im Hinblick auf dieses Ziel wird Politik gerechtfertigt, die den Profiteuren des aktuellen Wirtschaftssystems dient, werden soziale Einschnitte vorgenommen. Im Titel des Koalitionsvertrags der schwarz-gelben Bundesregierung kommt Wachstum an erster Stelle – vor Bildung und Zusammenhalt.

Die Verehrung des Wachstums nimmt nahezu religiöse Züge an. »Die Wachstumsphilosophie liegt in der Moderne, sie verspricht das Paradies auf Erden«, sagt Michael Müller. Er ist Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität* und Referent des Kongresses. Der Markt erfülle eine gottesähnliche Funktion: Er kann den Wohlstand aller garantieren. Dabei dient die Adam Smithsche »unsichtbare Hand« als Legitimation einer Moral mit der denkbar einfachen Maxime »Handle egoistisch.«

Der religiöse Charakter des Wachstumsgedankens zeigt sich auch im Glauben der ÖkonomInnen an eine dogmatisch verehrte Theorie, deren Wahrheitsanspruch sich mit nichts Geringerem als Naturgesetzen legitimiert. So wird die (neoklassische) Wirtschaftstheorie quasireligiös aufgeladen. Um im von dieser Theorie geleiteten Wirtschaftssystem anerkannt zu werden, wird von angehenden Ökonominnen und Ökonomen ein Glaubensbekenntnis zu den (natürlichen) Mechanismen des Marktes erwartet.

Doch könnte die strukturelle Ebene nicht ohne eine kulturelle Basis wirken. Ergänzt wird der Wachstumsglaube in Wirtschaft und Politik durch eine individuelle Ebene. Arbeit und Konsum sind strukturierende Merkmale unserer Lebensweise, das Bedürfnis nach Konsum ist kulturell verankert und wird durch Werbung in Medien und im öffentlichen Raum, dem sich niemand entziehen kann, stetig reproduziert. Arbeit erfüllt eine identitätsstiftende Funktion und ein Mangel an ihr wird gesellschaftlich sanktioniert.



Weltkarte, Größendarstellung gemäß der Verteilung des Wohlstandes anhand des Bruttoinlandsprodukts (2002; Quelle: worldmapper.org, Map No. 170)

Wachstum und damit gleichgesetzt Wohlstand misst sich in wachstumsorientierten Volkswirtschaften am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Summe der Waren und Dienstleistungen, die in einem Land pro Jahr produziert werden. Aber ist mehr auch gleich besser?

Das BIP enthält nur die monetär honorierten Dinge, ehrenamtliche Tätigkeiten oder Hausarbeit finden keine Berücksichtigung. Die Waren und Dienstleistungen werden ohne Differenzierungen addiert, so dass beispielsweise Autounfälle zum Wachstum des BIP und somit des Wohlstands beitragen. Auch werden ökologische und soziale Folgen nicht gemessen, so steigert das Abholzen des Regenwalds ebenso das BIP, wie die monetären Kosten eines Krieges.

Entwachsen

Der Kongress zeigt mit seinen 2500 TeilnehmerInnen, dass Wachstumskritik breiter diskutiert wird. *Décroissance* in Frankreich, *Degrowth* in Großbritannien und *Postwachstum* oder *Entwachstum* in Deutschland sind theoretische Ansätze und Bewegungen zugleich. Sie stehen nicht nur für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wachstumsparadigma kapitalistischer Ökonomien, auch werden Reformansätze entwickelt, die auf eine Abkehr vom Wachstum zielen.

Dabei haben die Ansätze des *Entwachsens* nichts zu tun mit den Rezessionen einiger Volkswirtschaften in Folge der Wirtschaftskrise. Entwachsen heißt bewusstes Schrumpfen des Ressourcenverbrauchs. Ein sich Bewusstmachen, dass ein Wandel in der Lebensweise, des Konsumverhaltens notwendig ist und dieser demokratisch zu gestalten ist.

Dabei geht es auch darum den Wohlstandsbegriff neu zu definieren, in den Überfluggesellschaften steigert sich das Wohlbefinden nicht mehr durch ein mehr an Konsum. Die Idee ist, durch ein Mehr an selbst gestaltbarer Zeit die Lebensqualität zu steigern. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn ist in viele der *Entwachstums*-Ansätze integriert. Diese Umverteilung basiert auf dem Gedanken, es gäbe in den Ländern des Nordens bereits genug, so dass ein weiteres Wachstum durch Umverteilung ersetzt werden könne.

Die Antwort der Grünen ist der *Green New Deal*. Die Umstellung auf grünes Wachstum, eine Förderung der Wirtschaftsbereiche, die auf regenerative Ressourcen zurückgreifen. Dieser Ausweg aus dem Wachstumsdilemma ist Gegenstand heißer Diskussionen auf dem Kongress in Berlin. Der *Green New Deal* geht von der Annahme aus, dass sich durch technischen Fortschritt

und Effizienzsteigerung Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln lassen, wenn auch nicht absolut, doch zumindest so weit, dass der Ressourcenverbrauch zurückgeht – trotz weiteren Wirtschaftswachstums. So sei doch zumindest eine relative Entkoppelung möglich, so dass der Ressourcenverbrauch im Vergleich zum Wirtschaftswachstum nicht gleich stark steigt.

»Der *Green New Deal* stellt den Wachstumsgedanken nicht in Frage«, sagt Michael Müller. »Solange RWE zum Ziel hat mehr und mehr Strom zu verkaufen, können wir noch so effizient sein, Nachhaltigkeit erreichen wir nicht.« Mit einer Effizienzsteigerung müsse auch Suffizienz einhergehen.

Tilmann Santarius von der *Heinrich Böll Stiftung* sitzt neben Müller auf dem Podium. Den *Rebound-Effect* nennt er dieses Phänomen. Eine Effizienzsteigerung sei auch mit einem mehr an Konsum verbunden. So würden, sollten beispielsweise Autos nur noch drei Liter verbrauchen, mit den freigewordenen Mitteln andere ressourcenverbrauchende Güter gekauft.

Weiter kritisiert Santarius, dass die Bilanz des *Return on Energy Invested* bei den erneuerbaren Energien ungünstig sei, da verhältnismäßig viel Energie aufgewendet werden muss, um Solar- oder Windenergie überhaupt erst nutzbar zu machen. Santarius warnt zudem vor dem *Rich Country Illusion Effect*: Reiche Länder verlagerten ressourcenintensive Produktionen häufig ins Ausland, so werde die eigene Bilanz geschönt. Rechnet man den importierten Ressourcenverbrauch in die Bilanz hinein, sehe diese ziemlich düster aus. Diese vom *Green New Deal* nicht berücksichtigten Phänomene verlangten nicht nur eine Substitution der Technologien, sondern auch eine Suffizienz der Bedürfnisse.

Nnimmo Bassay verweist auf eine weitere Dimension des *Rich Country Illusion Effects* hin: »Die Idee des grünen Wachstums verschleierte, dass auch für grüne Technologien Rohstoffe gebraucht werden«, sagt er. Diese Rohstoffe seien teilweise sehr selten, verunreinigten bei ihrem Abbau das Trinkwasser in der Umgebung. Für Bassay und Sikakor allzu bekannte Unternehmen, wie *Siemens* und *Total* steigen gerade in das Geschäft der grünen Technologien ein. »Wieso sollte sich an der Praxis des Rohstoffraubs in Afrika etwas ändern?«, fragt Bassay. Ein grüner Anstrich mache diese Unternehmen nicht verantwortungsvoller.

Nina Marie Bust-Bartels

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

Milgraltilon, die; -, -en [lat. migratio = (Aus)wanderung, zu: migrare = wandern, wegziehen]: **1.** (Zwischenstaatlicher) Wohnsitzwechsel von Menschen od. Tieren **2.** Physik: Wanderung von flüssigen oder gasförmigen Stoffen in einem porösen Material (z.B. Weichmachern in Kunststoffen oder Erdöl in Gestein)

Wie der lexikalische Eintrag zeigt, finden *Migrations*prozesse auf verschiedenen Ebenen statt. *Migration* ist ein Phänomen, welches in der Physik, der Biologie und der Soziologie allgegenwärtig ist. Die Geschichte der Menschheit wäre ohne *Migration* undenkbar. Erst die kollektiven Wanderungen unserer Ahnen in urgeschichtlicher Zeit führten zu einer Ausbreitung der menschlichen Art über alle Kontinente. Die großen Wanderungsbewegungen europäischer Stämme im 4. und 5. Jahrhundert führten zum Zusammenbruch des Römischen Imperiums und markieren damit den Wendepunkt von der Antike zum Mittelalter. Auch bei der Charakterisierung des Beginns der Neuzeit wird der *Migration* eine essentielle Rolle zugeschrieben. Dies wird dadurch deutlich, dass der Beginn der Epoche allgemein 1492 mit der »Entdeckung« und der Besiedlung Amerikas angesetzt wird.

Während die aufgeführten Wanderungsprozesse für alle Menschen als »normales« Verhalten verstanden wurden und werden, wird der Begriff *Migration* heute nicht mehr in Bezug auf die BewohnerInnen des globalen Nordens verwendet. Für Letztere stellen längere Aufenthalte im Ausland einen Prestigegewinn dar. Dagegen gilt die umgekehrte Ein-/Auswanderung von BewohnerInnen des Südens als bedrohliche Abweichung vom europäisch definierten »Normalzustand«.

Der Grund für diesen Bedeutungswandel liegt in der »Erfindung der Nation« in Europa seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und dem damit einhergehenden Kulturverständnis. Ein Nationalstaat wird seither verstanden als ein klar abgegrenztes Territorium. Grenzüberschreitende *Migration* gefährdet somit ein Kernelement der nationalen Souveränität – die Kontrolle über das Staatsterritorium. Zudem ist die Idee der Nation verbunden mit der Vorstellung einer ethnisch und kulturell definierten »Volksgemeinschaft«, die sich klar von ande-

ren »Völkern« abgrenzen lässt. Da jeder so definierten Kulturgemeinschaft besondere Eigenschaften zugesprochen werden, wird immer wieder deren Reinerhaltung propagiert. Transkulturelle Austauschprozesse erscheinen dann als Bedrohung für die »natürliche« homogene Ordnung.

Der Begriffswandel erfuhr im Europa der Nachkriegszeit eine Dynamisierung. Der wirtschaftlich wieder erstarkte Kontinent fühlte sich zunehmend als globales Ziel von Migrationsströmen aus den ärmeren Weltgegenden des Ostens und des Südens. Die Debatten um die »Gastarbeiter« in den mitteleuropäischen Industrienationen seit den 1950er Jahren sind ein Beispiel für die emotionalisierte und unsachliche öffentliche Wahrnehmung von *Migration*. Die Angst vor »Überfremdung« steigerte sich in der Asyldebatte der 1980er Jahre weiter. In den öffentlichen Diskussionen wurden Ängste geschürt, dass MigrantInnen aus dem Süden die gut ausgebauten europäischen Sozialsysteme ausbeuten wollten, ohne einen eigenen Beitrag zu leisten. *Migration* als innereuropäisches Problem bekam mit dem Ende des Kalten Krieges und der Furcht einer Westwanderung aus den Gebieten des ehemaligen Ostblocks eine weitere Dimension. In den letzten zwei Jahrzehnten dominierten aber vor allem Wanderungsbewegungen aus dem globalen Süden in den globalen Norden die Debatten. Anlass zu neuen kollektiven Ängsten des Nordens bietet dabei die vor allem in den »Entwicklungsländern« rapide wachsende Bevölkerung.

Während die Wahrnehmung von *Migration* einen enormen Wandel erfahren hat, ist das Phänomen das Gleiche geblieben. Die Folgen des Klimawandels, der Globalisierung und das wachsende Nord-Süd-Gefälle bieten zwar neue Anlässe zu emigrieren, aber die Motive der Menschen liegen seit jeher in Kriegen, religiöser und politischer Verfolgung sowie mangelnder wirtschaftlicher Perspektive. Die skandalisierenden öffentlichen Debatten über das Phänomen *Migration* führen zu einer Vielzahl weiterer Fehlannahmen. Die Vorstellung, dass es die MigrantInnen aus dem Süden in den Norden zieht, ist falsch. Der weitaus größte Teil grenzüberschreitender Wanderungsbewegungen findet innerhalb der Staaten des »Südens« statt. Ein weiterer Aspekt, der vollkommen unbeachtet bleibt, ist die Binnenmigration, obwohl es momentan weltweit etwa 50 Millionen innerstaatliche Flüchtlinge gibt.

Die mediale Aufarbeitung der »illegalen EinwanderInnen« als Bedrohung für die Wohlstandsgesellschaften des Nordens ist ebenso einseitig. Viele europäische und nordamerikanische Wirtschaftszweige sind auf diese MigrantInnen angewiesen, da sie zu niedrigsten Löhnen und unter Umgehung der Arbeitsgesetzgebung beschäftigt werden können. Bei der skizzierten Verwendung des Migrationsbegriffes deuten sich vielerlei Brüche und Unstimmigkeiten an.

Da Menschen während der gesamten Geschichte migrierten und die Anreize hierfür keineswegs geringer werden, ist zu erwarten, dass *Migration* auch zukünftig ein nicht zu unterbindendes globales Phänomen bleiben wird. Dies anzuerkennen ist eine wichtige Voraussetzung, um eine sachliche und vorurteilsfreie Diskussion zu führen. Dann können wir auch die Beschränkung des Migrationsbegriffes auf Elendsflüchtlinge aus dem Süden überwinden. Stattdessen könnten die umgekehrte Wanderbewegung vom Norden in den Süden sowie vermeintlich positiv Motive wie Familie, Partnerschaft und Beruf in den Blick genommen werden.

Jan Diebold und Philmon Ghirmai, schwarzweiss Heidelberg



Von »Schoko-Kriegen«¹ und demokratischen Befreiungskämpfen

Migrationspolitische Erwägungen als Maxime europäischer Afrikapolitik am Beispiel Libyens und der Elfenbeinküste

In den letzten Monaten wurde in der europäischen Öffentlichkeit viel über das Aufbegehren der Demokratiebewegungen in Nordafrika und Teilen der arabischen Welt gesprochen. Als Ausgangspunkt der Revolutionen gelten die Geschehnisse in Ägypten und Tunesien. Der Bürgerkrieg in Libyen zwischen Machthaber Gaddafi und seinen GegnerInnen wurde seitens der westlichen Presse kurzerhand zu einem Teil dieser »Revolution« erklärt. Dabei bleibt ein anderer Fall, der zeitlich vor diesen Ereignissen liegt, trotz einiger Parallelen unbeachtet. In der Elfenbeinküste führte das umstrittene Wahlergebnis bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2010 zu schweren Kämpfen zwischen den rivalisierenden politischen Lagern des amtierenden Präsidenten Laurent Gbagbo und des Oppositionsführers Alassane Ouattara. Allerdings ist die Berichterstattung der westlichen Presse viel stärker auf Libyen fixiert, das als Teil eines historischen Demokratisierungsprozesses verstanden wird. Die Elfenbeinküste erscheint dagegen als peripheres Geschehen. Um die unterschiedlichen Reaktionen Europas auf die beiden Bürgerkriege zu erklären, ist es notwendig die migrationspolitischen Erwägungen in den Vordergrund zu rücken.

Neben der größeren ökonomischen Bedeutung Libyens als Ölexporteur, liegt ein weiterer entscheidender Unterschied in der migrationspolitischen Bedeutung des Mittelmeerranrainers für Europa. Noch im Januar 2011 verhandelte die EU mit Gaddafi darüber, die aus der EU abgeschobenen afrikanischen Flüchtlinge nach Libyen schicken zu dürfen. Dabei planten die EuropäerInnen trotz vorliegender Informationen über Mord und Folter

in den libyschen Flüchtlingslagern, Libyen als sicheren Drittstaat anzuerkennen. Mit Beginn des Bürgerkriegs konnte Gaddafi die ihm zugedachte Rolle als Vorhof der »Festung Europa« nicht mehr wahrnehmen. Zu den »klassischen« Wirtschafts- und Elendsflüchtlings kamen nun hunderttausende Kriegsflüchtlinge hinzu.

Der Konflikt in der Elfenbeinküste hat dagegen kaum migrationspolitische Bedeutung für Europa, da es sich hier vorwiegend um eine Süd-Süd-Migration handelt. Die exportstarke Landwirtschaft der Elfenbeinküste zog seit längerem viele Menschen aus den Nachbarstaaten an. Auch der Bürgerkrieg führte zwar zu großen Flüchtlingsströmen, allerdings bewegten sich diese nicht Richtung Europa, sondern in die Nachbarstaaten.

Auf der einen Seite bestehen zwischen den Bürgerkriegen in Libyen und der Elfenbeinküste Ähnlichkeiten, etwa dass ein großer Teil der Bevölkerung für einen Regimewechsel kämpft. Auf der anderen Seite unterscheiden sich die Ereignisse in den einzelnen nordafrikanischen Staaten in der Zusammensetzung der regierungskritischen Bewegungen, ihren Zielsetzungen und ihren Mitteln. Dennoch werden letztere als ein Gesamtphänomen betrachtet. Ein Grund hierfür findet sich in der unterschiedlichen migrationspolitischen Bedeutung Libyens und der Elfenbeinküste. Während der Mittelmeerranrainer den vorgefertigten europäischen Vorstellungen und Ängsten einer unkontrollierten Süd-Nord-Migration entspricht, lässt sich dieses Bild auf das westafrikanische Land nicht übertragen. Deshalb ist ein gemeinsames Eingreifen in Libyen für die europäischen Staaten von größerer Relevanz. Dies wird legitimiert, indem man die Intervention zu einem humanitären Einsatz zur Unterstützung der demokratischen FreiheitskämpferInnen ausruft. Gleichzeitig werden die politischen Kämpfe in der Elfenbeinküste als irrationale ethnische Auseinandersetzung oder als »Schoko-Krieg« dargestellt, bei dem es um die Vorherrschaft über Kakaopflanzungen geht.

Migration ist global ein wichtiges Phänomen und wird dies trotz bester Eindrückungsversuche auch bleiben. Die genannten Beispiele zeigen, dass Migrationsbewegungen eine zunehmende Bedeutung für außenpolitisches Handeln und für die Suche nach BündnispartnerInnen bekommen werden. Wenn man dies weiter denkt, dann könnte es neben den erwarteten Kriegen des 21. Jahrhunderts um Ressourcen und kulturelle Vorherrschaft auch zu »Migrationskriegen« kommen.

Jan Diebold und Philmon Ghirmai, schwarzweiss Heidelberg

¹ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,749962,00.html> (Stand: 27. April 2011)

*Der Mensch möchte gerne in allem und über allem sein [...]
Non coarctari maximo, contineri tamen a minimo*



W

ozu mit einem Motto beginnen? Und warum gerade mit diesem Motto beginnen, wo die Frage nach einer Grenze, der Grenze in Philosophie und Literatur gestellt ist? – Auf das lateinische *mutire* (mucksen, murmeln, sprechen) oder *motire* (erinnern) zurückgehend hat das Wort *Motto* in seiner heutigen Bedeutung über den Umweg des italienischen *motto* (Denkspruch, Wahlspruch) Eingang in die deutsche Sprache gefunden. Es dient als eine Art Vorwort und stellt zugleich die darauffolgenden Ausführungen bereits in einen Horizont. Es bildet also einen Übergang in einen freigesetzten Lauf der Rede. Es zieht eine Grenze.

Doch wie ist diese Grenze beschaffen? Ist diese Grenze sauber gezogen? Oder verwischt sie sich nicht vielmehr auch? So dahergemurmelt ruft das Motto etwas in Erinnerung, das sich im Folgenden noch deutlicher vernehmbar machen soll; so zumindest erwartet es der Rezipient, der noch genauer zu verstehen hofft, was ansonsten unterschlagen oder vergessen zu werden droht. Indem dieser dann den weiteren Ausführungen folgt, sie gewissermaßen verfolgt, insistiert er auf eine Erklärung. Was sich nur angedeutet hat, soll deutlich ausgesprochen oder beschrieben werden. Aber was hat sich überhaupt angedeutet? Ist das Motto nicht oft schon wieder vergessen, nachdem man sich auf den Gang der Gedanken eingelassen hat? Unversehens ist man bei anderem angelangt und hat den eigentlichen Anfang der Ausführungen übergangen. Kehrt man am Ende wiederum zum Motto als dem Anfang zurück, mag das dort Gesagte nunmehr in einem anderen Licht erscheinen und sich vielleicht von selbst erklären.

Allein, was war dieser Anfang, bevor man auf ihn zurückkam? – War er nur ein Übergang von einem noch weiter vorausliegenden Anfang (des

Schweigens?), ein Übergang, den man selbst vorerst übergehen musste, um später überhaupt auf ihn zurückkommen zu können? Also gar kein wirklicher Anfang? Nur das Ende eines Rückgangs? War also das Schweigen die eigentliche Grenze des Anfangs? Warum aber das Schweigen, wenn es doch aufhören musste, damit gerade angefangen werden konnte? Wie kann ich das Schweigen als Anfang des Übergangs überhaupt begreifen, bevor der Übergang angefangen hat? Gibt es also keinen Anfang des Übergangs, sondern nur einen Übergang des Anfangs? – Kehren wir zum Motto zurück.

Der Mensch möchte gerne in allem und über allem sein. Dieser Wahlspruch findet sich am Anfang von Hölderlins Fragment von Hyperion. Mit dem nachgestellten Epitaph des Ignatius von Loyola wird er zu einem Grenzstein, der zugleich an einen Grabstein gemahnt. Hyperion bedeutet buchstäblich in etwa: »der darüber hinweg Gehende«. Ist der Mensch demnach derjenige, der auf Schritt und Tritt Grenzen überschreitet, bis er am Ende ins Grab steigt? Oder übersteigt er im Grab gar noch die letzte Grenze? – Eher grenzwertige Fragen...

Doch, nochmals, anders gewendet: Wie kommt es überhaupt zur Grenze? – Indem wir dem Gang der Gedanken bereits bis zu dieser Stelle gefolgt sind, folgt auch die Antwort auf dem Fuße. Allererst mit dem Schritt vorwärts ins Ungewisse zieht sich eine Grenze und zwar wie eine Spur einer Vergangenheit, im Nachhinein. Philosophie und Literatur im Besonderen sind solche Grenzgänge des Menschen (sofern Einbildungskraft und Verstand nicht nur eine Runde um den Block »gassigeführt« werden sollen...), solche Übergänge des Anfangs und Anfänge des Übergangs. Beide sind als diese Übergänge stets auf Unbekanntes gerichtet, sie geben Selbstverständlichkeiten nicht nur bloß auf, sondern lassen sie im doppelten Sinne zurück. Erst nachträglich werden es Selbstverständlichkeiten. Das bestimmt den Grenzgänger selbst. In seinen Grenzgängen übersteigt (oder versteigt?) er sich, er ist über allem. Außerdem bestimmt er sich von ihrem Ausgang her, wie auf ihren hin, ist also ebenfalls in allem. Auf diese Weise zieht sich erst eine Grenze zwischen Herkunft und Zukunft, während zugleich ein Graben überwunden ist: Zukunft wird Herkunft und Herkunft Zukunft. »Nicht eingeschränkt vom Größten und doch umschlossen vom Kleinsten.« Kann man also sagen, dass der Mensch ein Übergänger oder gar selbst ein Übergang ist?

Doch nach soviel überbordenden Worten (nicht zuletzt auch was die Grenze zwischen Philosophie und Literatur betrifft) scheint es geboten, sich wieder zu bescheiden: Machen wir hier also vorerst ein Ende – mit Ende und Anfang

Florian Arnold

Briefe (aus) der Anstalt

Neue Grenzgänge durch die Sammlung Prinzhorn

Gibt es ein Grenzgebiet des Wahnsinns, in das man eindringen und das man auch wieder verlassen kann – oder bleibt man doch immer ratlos draußen: bloßer Beobachter an der abgründigen Kluft, die der Wahnsinn für die Vernunft darstellt?

Wenn sich Wahnsinn sprachlich äußert – und wir eben jene Sprache als wahnsinnig bezeichnen –, greift er aus dem total Abgeschiedenem heraus und gibt, wenn auch nicht unbedingt etwas, so doch zumindest sich selbst zu verstehen. Der Wahnsinn, wenn man so reden kann, kommt in der Sprache zum Vorschein: und er entzieht sich zugleich dem sprachlichen Zugriff. Lässt sich trotzdem diese gewisse Unmöglichkeit, vom Wahnsinn oder sogar mit dem Wahnsinn zu sprechen möglich machen?

Briefe von psychiatrischen Insassen, die sich einem Gegenüber da draußen bemerkbar machen wollen, haben dieses Potential. Die vom Germanistischen Seminar konzipierte Ausstellung über die Briefe der Sammlung Prinzhorn, die um die Jahrhundertwende an der Universitätsklinik begründet wurde, lädt ab dem 19. Juni dazu ein, den Versuch selbst zu wagen.

Kaum einer dieser Briefe hat jemals die Grenzen der Anstalt überwunden. Statt ein Gegenüber zu finden, blieben die Briefe eine Frage ohne Antwort, eine Bitte ohne Gehör. Und das schon beinahe 100 Jahre lang. Vielleicht aber kann diese Ausstellung dazu beitragen, dass die Briefe endlich irgendwo ankommen, die Grenze zum anderen überwinden, und sie so eine Erfüllung finden, wo sie bisher ins Leere gingen: in dieses gespenstische Nichts der Krankenakten, wo sie als Symptome des Krankseins lagerten, gelesen allein vom diagnostischen Blick des Arztes.

Erstmals kommen die Briefe nun als das zur Sprache, was sie tatsächlich sind: individuelle Sprachzeugnisse von irritierender Eindringlichkeit. Durch die Unverständlichkeit vieler Passagen hindurch dringt eine Stimme, die ihrem Gestus und ihrer Kraft nach immerfort um die eine Frage kreist: wie die Anstaltsmauern durchbrechen, wie hinaus, nach Hause gelangen – und oft genug daran zerbricht.

Wovon die Briefeschreiber mit einer alle Grenzen überschreitendem Phantasie, List und Logik sprechen, stammeln und stöhnen, ist auch denen draußen vertraut, die in der gewohnten sprachlichen Mächtigkeit befangen sind. Wahnsinnig wäre, artikuliert ein Mensch nicht dieses Bedürfnis: zu seiner Familie, seinem Beruf, seinem alten Leben zurückzukehren. In Freiheit und in Würde zu leben.

Vielleicht scheint im Bemühen, dem Wahnsinn derart zu lauschen, hier und da, für Momente die Möglichkeit auf, nicht nur über, sondern auch mit dem Wahnsinn zu sprechen. Den Briefen jene Antwort zukommen zu lassen, die nach wie vor aussteht, und den Wunsch zu erfüllen, die der Titel der Ausstellung formuliert: Vor allen Dingen bitte ich, mich doch ja nicht zu vergessen. Vom 19. Juni dieses Jahres bis zum 24. Juli in der Peterskirche Heidelberg.

Gregor Babelotzky

Hochgeachteter Herr

Landesvater!

Was soll ich schreiben

Wie soll ich mich

*ausdrücken? Ach! Oh!
Bitte! Bitte! Bitte! Bitte!
Bitte! Bitte! Bitte! Bitte!
Bitte! Bitte! Bitte! Bitte!*

How long is now?

Kultur, die von selbst wächst.

Das Kunsthaus »tacheles« in Berlin, zentral gelegen an der Oranienburger Straße, hat eine lange Geschichte. Besetzt, wurde es zu DDR-Zeiten, als man einen Teil des während des 2. Weltkriegs zerstörten Kaufhauskomplexes an der Friedrichstraße sprengen wollte. Einige junge Künstler der »Tacheles-Bewegung« (tacheles, jidd. »Klartext reden«) besetzten die Gebäuderuine, deren Abrisskanten ins Freie führen. Die Flügel des Gebäudes lassen Blicke auf die Straße hin und auf den sandigen Hinterhof zu. Eine Oase der Kreativität mitten in der Stadt unweit der Friedrichstraße und der Hacke'schen Höfe. Die Gruppe »tacheles« wurde gemeinnütziger Verein und stellte jungen Künstlern aus verschiedenen Ländern ein Atelier für zwei Jahre mit Möglichkeit zur Verlängerung zur Verfügung.

Mit der Zeit wuchs eine bunte Collage aus verschiedenen Kunsterzeugnissen. Im Hinterhof, im Garten des »tacheles«, standen vollgesprayte Autos, große metallene Buchstaben, die »LUST« aus dem Boden in den Himmel zu schreiben schienen. In diesem Garten hatte sich auch ein Metallkünstler niedergelassen, der oft zu seinen Schweißarbeiten laut Opernmusik hörte, die gegen die gezackte und bemalte Fassade des Hauses schallte, wenn man auf einem seiner Kunstwerke saß – etwa einer metallenen Hollywoodschaukel.

Der Hof stand immer und jedem offen und das »tacheles« hatte sich mit der Zeit zum Touristenmagneten entwickelt. Tatsächlich hatte man den Eindruck, an einem halb-utopischen Ort, an einer Grenze der Möglichkeit zur Entfaltung des Menschseins ohne Grenzen zu stehen und an ihr spazieren zu gehen. Das Besondere war die Weitläufigkeit, die zentrale Lage für ein solches Kunsthaus, hinter dem nie ein lukratives Konzept stand, und wo nie ein einflussreicher Sponsor (wie hierzulande die BASF oder SAP) sein Image aufpolierte. Hier wuchs alles aus sich selbst und beflügelte und bereicherte die ganze Stadt.

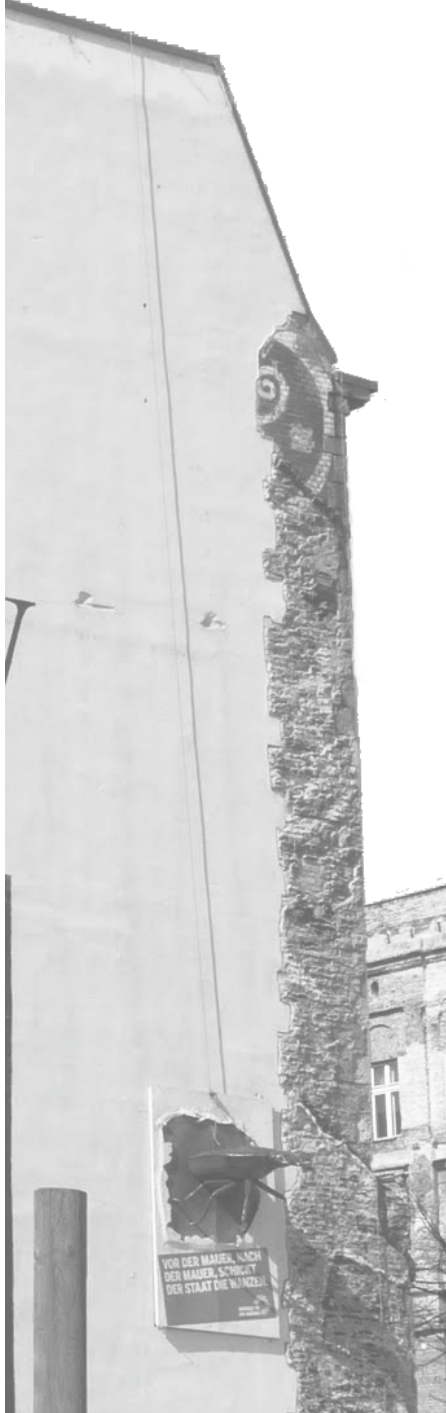
Doch 2008 war der Vertrag mit der Stadt ausgelaufen und die Gruppe »tacheles« versuchte, mithilfe von Spenden das Gelände zu erwerben, was jedoch nicht glückte. Seit 2008 also nicht mehr Besitzer, sondern wieder Besetzer war es am Ende auch nicht gelungen, das Kunsthaus »tacheles« in eine Stiftung umzuwandeln.

Spaltungstendenzen und Zermürbung zwischen Lagern innerhalb der Gruppe führten dann schließlich zur Resignation. Als am Montag, den 4. April 2011 begonnen wurde, den Hof des Kunsthauses zu räumen, standen die Menschen starr und fassungslos da und schauten dem Bagger zu, der die Trümmer dieses Stücks Geschichte der Stadt Berlin vor sich herschob und auftürmte. Via facebook war das erst ein paar Tage später zu verfolgen, da mysteriöse Umstände dazu führten, dass der Zugang der Gruppe »tacheles« auf der Plattform gesperrt worden war.



Noch ist unklar, was mit den Künstlern in den Ateliers geschieht. Tatsache ist jedoch, dass die Grenze bereits überschritten wurde, dass man in den natürlichen Wachstumsprozess des Ortes massiv eingegriffen hat, ohne dass daran etwas geändert werden konnte. Der Hof, den man durch das großzügige Tor erreichen konnte, bot Platz und Himmel, Collagenwald und Ruhe, kurzes Herzatmen außerhalb. Er war der erste Berührungspunkt für viele mit dem Kunsthaus. Die Fassade lud zum Nachdenken und Verweilen ein: »How long is now«. Die Buchstaben thronten monumental knapp über der bunten und hektischen Stadt. Und es scheint doch so zu sein, dass man für die Zeit, die man dort verweilt, in eine andere Welt eintaucht, dass man eine Grenze überschreitet und innerhalb des Hofes und der Galerien in eine Freiheit tritt, die dem utopischen Moment des Heimatsgedanken verwandt scheint.

Freiräume solcherart – ungezwungene Orte voller Entfaltungsmöglichkeiten wie die alte Flügge ruine der Berliner Kaufhauspassage, die man



besetzt und über Jahre hinweg gestaltet hat – scheinen zu zeigen, wessen der Mensch fähig ist, ohne die Kulturpolitik und -industrie zu brauchen, um sich auszudrücken. Aber genau an dieser Stelle scheint das ewige Problem zu liegen: Diese Art von Kunstproduktion scheint vielen nicht lukrativ genug und auch scheint solche, nicht direkt in der Kontrolle von Kulturbetrieben stehende Kultur immer ein wenig gefährlich.

Auch in Heidelberg werden seit Jahren, vor allem seitens der Studierenden selbstverwaltete Freiräume gefordert, die politischen Aktivitäten sowie Kulturveranstaltungen Raum geben sollten. Das Carolinum, vor der Entmündigung der Asten in Baden-Württemberg das Haus der Studierenden, beherbergt seit 1977 lediglich, sprechend genug, die Studierendenverwaltung. Es wäre zu wünschen, dass die neue Landesregierung den Studierenden ihre Mündigkeit zurückgibt und so Forderungen nach Freiräumen in der Stadt nicht mehr so leichtfertig überhört.

Ähnliche Drohungen von Räumung und Verkauf des Grundstücks wie das »tacheles« in Berlin musste die Villa Nachttanz unweit des S-Bahnhofs Pfaffengrund-Wieblingen erleben. Wie das »tacheles«, so ist auch die Villa Nachttanz ein eingetragener gemeinnütziger Verein und Ort für Konzerte, Ausstellungen, Lesungen und Jonglage im Garten des Hauses. Jedes Jahr wird von dort aus die Heidelberger Nachttanzdemo organisiert, die gerade hier in Heidelberg auf den Mangel an Räumlichkeiten für selbstorganisiertes kulturelles Angebot aufmerksam macht. In Heidelberg existiert das Problem des Raumnotstands gerade für junge Kulturschaffende, die sich die hohen Mieten von Orten wie beispielsweise der neu gegründeten Hebelhalle (Hebelstraße 9, ca. 500 Euro pro Abend!) nicht leisten können.

Unverständlicherweise sind die Veranstaltungen des neu geschaffenen Kulturortes nahe der Montpellierbrücke dünn gesät: Die große Halle, die dem »unterwegs.theater« gehört, soll also größtenteils leer bleiben. Doch scheint sich der Ort nicht zu schade dafür zu sein, mitten im diesjährigen Wahlkampf den sympathischen, von Kultur überbordenden Herrn Lindner von der FDP zu beherbergen. Teuer mieten kann man die Halle eben schon...

Eine zentrale Forderung des Bildungsstreiks 2009 betraf genau dieses Problem der Räumlichkeiten, da nach der Räumung des Rektorats die Raumfrage ein eklatantes Problem darstellte und noch immer darstellt. Dabei war auch in der Präambel die Forderung nach Freiräumen in enger Verbindung mit der Forderung nach Verfassten Studierendenschaften festgehalten worden. Die rechtlichen Forderungen dabei an die Raumfrage zu koppeln scheint logisch.

Der Raum ist dabei das nötige Kontinuum, an dessen Wände die Menschen, die darin arbeiten, ihre Geschichte schreiben. Hier entsteht etwas, das näher an der Utopie wohnt und das man weitertragen muss, damit zumindest eine Hoffnung weiter besteht: für den Moment das zu leben, was man uns häufig genug auszureden versucht.

Katharina Kohm

Stahlgarten

Geschweißtes: gegossen
öffnen zwei Stumme
ihre Berührung,
die Hand ein Mittler.

Gebannt wie gefroren
gehst du in der Zwischenwelt
mit der Muschel und dem Kaktusblatt
im Feuchtsand.

Im abgebrochnen Bronzewald
stehen halbe Finger
für den ganzen heilen Baum.

© Ronja Katharina Kohm



LOCI & TEMPORA CONCILIORUM

Donnerstag, 2. Juni

17 Uhr Ball der Wünsche – Uraufführung des Club3 Tanztheaters im Zwinger 3, Weitere Aufführungen am 11. Juni um 20 Uhr in der halle_02 und am 17. Juni um 20 Uhr im Zwinger 3

2. bis 10. Juni

Schillertage im Nationaltheater Mannheim

Sonntag, 5. Juni

20 Uhr Vokü im Café Gegendruck, Fischergasse 2 (jeden Sonntag)

Mittwoch, 8. Juni

19.30 Uhr Mzungu Calling: »Weiße« Künstler in Ostafrika – Vortrag und Gespräch mit Videokünstler Sy Vincent Schmitz im Kulturfenster, schwarzweiss-hd.de

Donnerstag, 9. Juni

19 Uhr Die Theatergruppe der Helene Lange Schule spielt »Die Welle« im Karlstorbahnhof (auch am 10. und 11. Juni)

Freitag, 10. Juni

20 Uhr Postkoloniale Strukturen im gegenwärtigen Afrika – Eine Szenische Lesung mit Sara Hiruth Zewde, in der Buchhandlung Himmelheber, schwarzweiss-hd.de
20 Uhr die gasse: Lesung im Romanischen Keller

Samstag, 11. Juni

Mehrtägige Massenblockade des Atomkraftwerk Brokdorf
14 Uhr Spendenlauf von Studieren ohne Grenzen auf dem Uniplatz, studieren-ohne-grenzen.org

11. Juni bis 10 Juli

Afrikatage in Heidelberg und Mannheim, Programm unter afrikatage.de

16./18./21./23. Juni 20 Uhr Die Theatergruppe Vogelfrei spielt die Studierendenkomödie »Cornelius relegatus«

Freitag, 17. Juni

16 Uhr Eröffnung der Kleist-Ausstellung in der Heilig Geist Kirche

Sonntag, 19. Juni

10 Uhr Eröffnung der Prinzhorn-Ausstellung in der Peterskirche

Sommer-Uni

Vom 2. bis 12. Juni baut das Campus Camp seine Zelte im Grün vor den Chemiehörsälen im Neuenheimer Feld auf: 10 Tage voller Vorträge, Workshops, gemeinsamen Kochens und Essens und Sommeratmosphäre. UNiMUT gibt einen kleinen Programmüberblick:

• Freitag, 3. Juni

16 Uhr Workshop: Gemeinsam eine Verschlüsselung einrichten

17 Uhr Piraterie in der Rechtsgeschichte

• Samstag, 4. Juni

11 Uhr Freie Software und Netzdienste – Grenzen und Probleme

• Sonntag, 5. Juni

16 Uhr Workshop: Samba mit den Sambatistas HS

17 Uhr Calais – Situation der Flüchtlinge in der französischen Grenzstadt

• Mittwoch, 8. Juni

14 Uhr Politisches Straßentheater

20 Uhr Freisprung Film: Ausländer raus!

• Freitag, 10. Juni

20 Uhr Diskussion zum Thema Migration (Aufgetaucht Hd)

22 Uhr Konzert: Malo (Gesang, Gitarre, Geige Percussion)

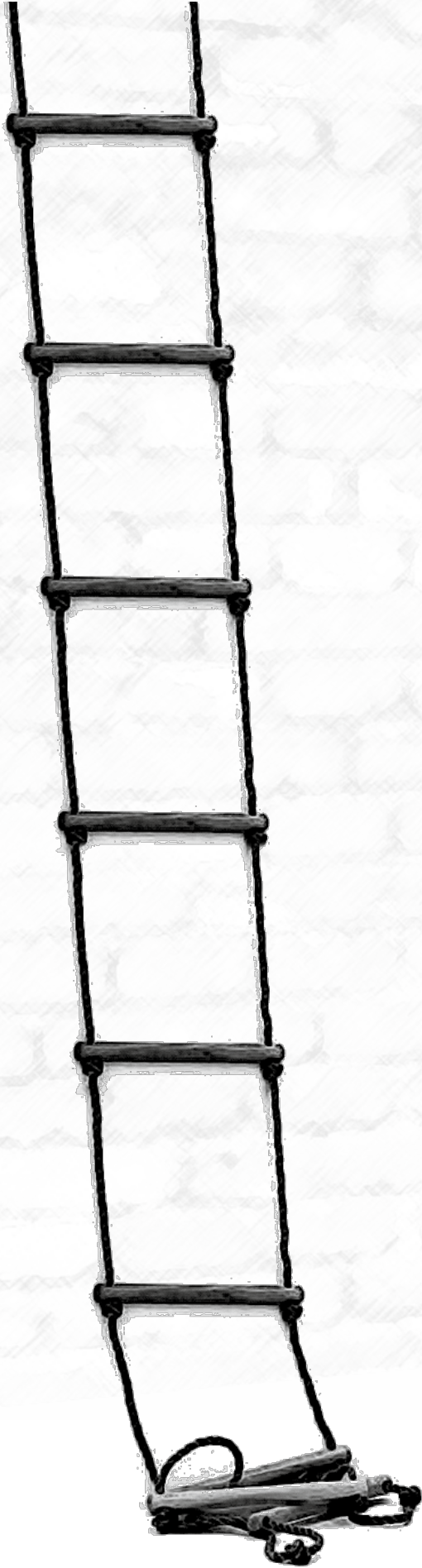
• Samstag, 11. Juni

14 Uhr Vortrag: Eliten der Nation – Geschichte, Ideologie und soziale Funktion studentischer Verbindungen

Das gesamte Programm gibt es unter www.campuscamp.de

IMPRESSUM... der UNiMUT

Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg Ausgabe 03/2011. Nr. 211 vom 30. Mai 2011. Redaktion: Gregor Babelotzky, Nina Marie Bust-Bartels, Leonard Keidel, Theresa Pleitner, Janina Reibold, Annika Sterk. Auflage 3000. Unidruckerei. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Unterstützt von der FachSchafftsKonferenz, Albert-Überle-Str 3-5, 69117 Heidelberg. e-mail: unimut@urz.uni-heidelberg.de; www.uni-heidelberg.de/unimut
Bildrechte: Titelseite, »Zaun« von exe, www.piqs.de/fotos/90372.html. S. 4/5, »what are you looking at?« von nolifebeforecoffee, stencil von Banksy, www.flickr.com/photos/nolifebeforecoffee. S. 13, »Stachel-draht« von Michael Wendland, www.piqs.de/fotos/46840.html. S. 18, »außen vor« von dima73, www.piqs.de/fotos/81917.html. Alle Fotos Creative Common Licence.



———— Grenzen ————

Sie durchziehen unseren Alltag, unsere Welt. Einige treten erst zu Tage, wenn sie überschritten werden wie die Grenzen der Wissenschaft (Seiten 6 und 7) und die Grenzen der Freiheit (Seiten 4 und 5). Über andere stolpert man wie die Studiengebühren (Seite 8), deren Abschaffung nun den Weg zu barrierefreien- Bildungsmöglichkeiten ebnen sollen (siehe Koalitionsvertrag auf den Seiten 2 und 3). Die Grenzen des Wachstums auf einem begrenzten Planeten werden bewusst ignoriert (Seiten 10 und 11), nationalstaatliche Grenzen dagegen werden ängstlich markiert (Seite 12 und 13) – da bringen auch Strickleitern nichts. Einfach die Grenzen der Gesellschaft gesprengt hat deshalb das Tacheles in Berlin und wird nun in seine Schranken gewiesen (Seite 16 und 17). Wir wünschen grenzenloses Lesevergnügen!

die redaktion